

Interview im Migrosmagazin vom 11. Januar 2021

Gerhard Pfister

«UNSER LAND BRAUCHT EINE PRAGMATISCHE MITTE»

Gerhard Pfister verpasst der CVP neben dem neuen Namen «Die Mitte» auch ein neues Image – und hofft, so den 2003 verlorenen zweiten Bundesratssitz zurückzuerobert. Ein Gespräch über die katholische Basis, echte Mitte-Positionen und seinen Spass am Twitter-Streit.

Text Ralf Kaminski, Kian Ramezani
Fotos Marco Zanoni



Gerhard Pfister ist Präsident von «Die Mitte» Schweiz.

Gerhard Pfister, wie lautet eigentlich neu Ihr Titel? «Die-Mitte-Präsident» klingt doch viel sperriger als bisher «CVP-Präsident».

Die-Mitte-Präsident ist schon richtig. Es ist uns wichtig, dass «Die Mitte» nicht abgekürzt wird.

Und die CVP-Kantonalparteien können sich frei entscheiden, ob sie den Namen wechseln wollen oder nicht?

Genau, sie haben vier Jahre Zeit dafür. Im Wallis gibts aktuell ja gleich drei Kantonalparteien: CSP Oberwallis, CVP Oberwallis und PDC du Valais Romand. Und auch wenn eine von diesen beim bisherigen Namen bleibt, ist sie Teil von «Die Mitte» Schweiz.

Bleiben Sie überhaupt Präsident der mit der BDP fusionierten Partei, oder gibts Konkurrenz?

Bisher meines Wissens nicht, aber Konkurrenz ist immer gut. Ich stehe auf jeden Fall zur Verfügung, wenn im April über das Präsidium entschieden wird.

Wäre eine Doppelspitze wie neu bei der SP eine Option?

Ich schaue dem interessiert zu, würde es für mich aber ausschliessen. Zwar kann man sich die Arbeitslast aufteilen, doch es erschwert, mit einer klaren Stimme zu sprechen, wenn man nicht sehr gut koordiniert. Meine Erfahrung mit der Basis zeigt: Die will einen Chef.

Sie galten als konservativ und rechts, als Sie 2016 das CVP-Präsidium übernahmen – heute sind Sie der grosse Erneuerer und Modernisierer der Partei. Was ist passiert? Oder war Ihr Image damals schlicht falsch?

Schon der legendäre deutsche CSU-Chef Franz Josef Strauss sagte, dass Konservative für den Fortschritt eintreten sollten. An meiner persönlichen Grundhaltung und meinen Werten hat sich nichts verändert: Ich bin in wirtschaftlichen Fragen eher liberal, in gesellschaftlichen eher konservativ. Aber ich vertrete als Präsident die gesamte Partei; meine Aufgabe ist es, ihr gesamtes Spektrum zusammenzubringen, nicht meine persönliche Meinung durchzusetzen. Doch natürlich hat sich die Gesellschaft in den letzten Jahren verändert – und mit ihr die Partei.

Es ist unserer Partei seit 40 Jahren nicht gelungen, ausserhalb der Stammwählerschaft neue Anhänger zu gewinnen.

Sie haben das C im Namen beseitigt, mit dem Katholizismus und Religiosität assoziiert wurde. Ist Ihnen das als ehemaligem Klosterschüler auch ein bisschen schwergefallen?

Selbstverständlich. Nur: Es ist unserer Partei seit 40 Jahren nicht gelungen, ausserhalb der Stammwählerschaft neue Anhänger zu gewinnen. Und dies nicht aus inhaltlichen, sondern aus historischen Gründen. Die CVP entstand als katholische Partei, sie war deshalb bis heute in gewissen Kantonen kaum präsent und für viele nicht wählbar. Doch ich bin überzeugt: Unser Land braucht heute mehr denn je eine pragmatische Mitte. Es ist wichtig, das Zentrum zu stärken und möglichst viele Wählerinnen und Wähler abzuholen.

Waren Sie genau der Richtige, um den Wandel an der Basis durchzubringen? Jemand, dem das im Herzen schon auch etwas weh getan hat?

Das kann schon sein.

Parteipräsident und Schulgründer

Gerhard Pfister (58) führt die CVP seit 2016 und hat die Partei nicht nur mit der BDP fusioniert, sondern sich auch mit deren Umbenennung in «Die Mitte» durchgesetzt. Der Germanist, Philosoph und frühere Lehrer sitzt seit 2003 im Nationalrat und ist Verwaltungsratspräsident einer Tagesschule, die er mitgegründet hat. Pfister ist verheiratet und lebt in Oberägeri ZG.

Hat es den Namenswechsel erleichtert, dass viele Konservative ohnehin längst schon zur SVP abgewandert sind?

In ihren besten Zeiten in den 1970er-Jahren hatte die CVP einen Wähleranteil von 22 Prozent – dies aber nur, weil sie in den wenigen Kantonen, wo sie präsent war, 50 bis 60 Prozent der Stimmen erhielt. Die EU-Debatte in den 1990ern führte zu einer Umwälzung der Parteienlandschaft, und die SVP bekam auch in den katholischen Stammlanden viel Zulauf.

Wählende binden sich heute nicht mehr lebenslang an eine Partei. Sie entscheiden sich bei jeder Wahl von Neuem.

In der Mitte hat das Stimmvolk die Qual der Wahl: Die Mitte, GLP, EVP. Warum ohne Not auf das Alleinstellungsmerkmal «katholisch» verzichten?

Das C hat verhindert, dass sich potenzielle neue, also moderate Mitte-Wählerinnen und -Wähler inhaltlich überhaupt mit uns auseinandersetzen. Wenn ihnen via Smartvote eine hohe Übereinstimmung angezeigt wurde, wunderten sie sich und wählten uns trotzdem nicht. Natürlich ist es leichter, Stammwähler zu verlieren, als neue Wähler zu gewinnen. Aber unsere Analyse hat ergeben, dass wir mit unseren politischen Positionen und dem Namenswechsel bis zu 20 Prozent an Wähleranteil gewinnen können.

Woher sollen diese neuen Wähler denn kommen?

Wir möchten die Menschen erreichen, die der Meinung sind, dass es in der Schweiz eine starke Mitte braucht – denn dort entstehen Lösungen. Wir stehen für den Zusammenhalt dieses Landes, für Freiheit, Solidarität und Verantwortung, für eine positive Vision der Schweiz. Wir hoffen durchaus auch auf Wechselwählerinnen und -wähler. Aber diese zu gewinnen, ist weniger schwierig, als sie zu halten. Wählende binden sich heute nicht mehr lebenslang an eine Partei. Sie entscheiden sich bei jeder Wahl von Neuem, aufgrund von Erwartungen für plausible Lösungen zu bestimmten Themen. Und das ist auch gut so.



Gerhard Pfister hofft auf genügend Stimmenzuwachs, um der FDP einen Bundesratssitz abjagen zu können.

Als die CVP 2003 den zweiten Bundesratssitz bei der Abwahl von Ruth Metzler verlor, lag der Wähleranteil bei 14,4, 2019 noch bei 11,4 Prozent. Schaffen Sie es mit Ihrem Aufbruch, den zweiten Bundesratssitz zurückzuholen?

Ich bin sicher, dass wir 2023 zulegen werden. Für 2027 müssen wir uns das Ziel setzen, so zu wachsen, dass ein zweiter Bundesratssitz angemessen wäre.

Und wer müsste in diesem Fall einen räumen?

Mutmasslich die FDP, die schon heute übervertreten ist. Mathematisch gesehen braucht es pro Bundesratssitz einen Wähleranteil von rund 14 Prozent. Lassen Sie es mich also so sagen: Die Linke wäre mit drei Sitzen übervertreten, ebenso ist es aktuell die Rechte mit vier Sitzen. Die Mitte ist derzeit lediglich mit einem Sitz im Bundesrat vertreten.

Ich bin ein Anhänger der traditionellen Ehe, stelle aber fest, dass die Mehrheit der Gesellschaft das anders sieht, und kann das akzeptieren.

Geändert hat sich aber nicht nur der Parteiname, auch die BDP wurde integriert. Gibts da Themengebiete, wo sich deutliche Differenzen abzeichnen?

Es gibt schon Unterschiede, aber keine unüberbrückbaren. Und mit dem neuen Namen ist natürlich auch der Anspruch verbunden, inhaltlich zu bestimmen, wo die Mitte liegt und wofür sie steht.

Wie sieht es bei der Ehe für alle aus? Die BDP hat sich schon lange für LGBT-Gleichberechtigung starkgemacht, derweil die CVP in der Wintersession im Ständerat nicht eben enthusiastisch wirkte. Sie wollte die Ehe in einer eigenen Steuer-Initiative vor Kurzem gar noch beiläufig als Gemeinschaft von Mann und Frau in der Verfassung festschreiben...

Aber auch da finden wir uns. Als Partei stimmen wir der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare zu. Es gibt einige Ständeräte, die das gerne in der Verfassung geregelt hätten, und einige Mitglieder, die sich mit dem Thema schwertun, aber die Mehrheit ist für das Gesetz. Da hat sich die Haltung der Partei in den letzten 20 Jahren ebenso weiterentwickelt wie in der Gesellschaft insgesamt.

Die Mitte wird sich im kommenden Referendumskampf also bei den Befürwortern der Ehe für alle engagieren?

Ich gehe davon aus, dass wir ein Referendum nicht unterstützen, und es an den Parteiversammlungen eine Mehrheit für das neue Gesetz gibt.

Und wie stehen Sie persönlich dazu?

Ich bin ein Anhänger der traditionellen Ehe, stelle aber fest, dass die Mehrheit der Gesellschaft das anders sieht, und kann das akzeptieren. Aus meiner Sicht sollte sich die Politik in solchen Fragen ohnehin nicht übermässig einmischen. Das sind individuelle Lebensentwürfe, die jedem selbst überlassen sein sollten.

Am Ende braucht es vier Ja für das Rahmenabkommen: das der EU, des Bundesrats, des Parlaments und des Volks. Das wird nicht leicht.

**Wie sieht es bei den Abstimmungsvorlagen im März aus:
Verhüllungsverbot, E-ID und das Freihandelsabkommen mit
Indonesien?**

Die letzten beiden befürworten wir deutlich. Beim Verhüllungsverbot gibt es unterschiedliche Auffassungen quer durch alle Parteien: Es gibt SVP-ler, die es ablehnen, und Linke, die aus frauenrechtlichen Gründen zustimmen. Die Mitte wird ihre Parole im Februar 2021 fassen.

**Und beim grossen Thema dieses Jahres, dem Rahmenabkommen
mit der EU? Das haben Sie ja auch schon für praktisch tot erklärt
und als «die grosse Lebenslüge des Bundesrats» bezeichnet...**

Wenn die EU uns in den kritischen Punkten nicht entgegenkommt, dürfte es das Rahmenabkommen in der Volksabstimmung schwer haben. Was die Aussage mit der Lebenslüge betrifft: Der Bundesrat schien lange die Haltung zu vertreten, das werde dann schon irgendwie gut kommen, und hat dies auch die EU glauben lassen – dabei wurde es nur immer schwieriger.

Gibts doch noch eine Lösung?

Wir werden es sehen. Angesichts der vielen Herausforderungen, gerade auch mit dem Brexit, hat die EU nur beschränkten Spielraum, uns entgegenzukommen. Am Ende braucht es vier Ja: das der EU, des Bundesrats, des Parlaments und des Volks. Das wird nicht leicht.

Könnte man mit dem Status quo denn problemlos weiterleben?

Nicht problemlos. Der bilaterale Weg ist wichtig und richtig, doch wenn die EU immer weniger bereit ist, diese Abkommen anzupassen und weiterzuentwickeln, wird es eine Herausforderung für die Wirtschaft, sich mit diesem erodierenden Verhältnis zu arrangieren.



Der Parteipräsident liest viel, schaut regelmässig Netflix-Serien und zankt sich gerne auf Twitter.

Wo steht Die Mitte beim Kampf gegen den Klimawandel?

Wir haben das neue CO₂-Gesetz stark mitgeprägt – im Gegensatz zu den Freisinnigen auch ganz ohne inhaltliche Pirouetten. Das Gesetz ist beste Mitte-Politik, mit dem Ziel, die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben. Das Referendum wird keine Chance haben, davon bin ich überzeugt. Aber wir müssen bereits weiterdenken. Es braucht Anreize und die nötige Infrastruktur, damit die Angebote des technologischen Wandels wie zum Beispiel Elektroautos auch tatsächlich genutzt werden. Insgesamt ist die Schweiz jedoch recht gut unterwegs.

Die Klimajugend sieht das anders.

Der sind wir zu langsam. Damit hat sie zwar nicht ganz unrecht, aber das CO₂-Gesetz zeigt, dass unser Politsystem lernfähig ist und wir dabei Resultate erzielen, die von der Bevölkerung mitgetragen werden. Das mag nicht besonders schnell sein, dafür ist es nachhaltig.

Das CO₂-Gesetz zeigt, dass unser Politsystem lernfähig ist und wir dabei Resultate erzielen, die von der Bevölkerung mitgetragen werden.

Wie stehen Sie zu den von vielen Seiten kritisierten Corona-Massnahmen von Bundesrat und Kantonen?

Wie so viele fand auch ich immer wieder mal, man hätte dieses oder jenes gescheiter so oder so gemacht, aber alles in allem machen sie es

nicht so schlecht. Schade ist, dass die Zeit im Sommer nicht besser genutzt wurde, um die absehbare zweite Welle im Herbst besser vorzubereiten. Zentral finde ich, dass in diesen schwierigen Zeiten das Vertrauen in die Institutionen nicht beschädigt wird. Deshalb fand ich die heftige Kritik der FDP am Bundesrat vor Weihnachten irritierend. Von der SVP war leider nichts anderes zu erwarten.

Wer Ihre Website besucht, sieht als Erstes vier clevere Sinnsprüche und stösst bald auf eine lange Liste mit «lesenswerten Büchern». Es entsteht der Eindruck eines feinsinnigen Intellektuellen. Tun Sie sich manchmal auch schwer mit dem realexistierenden Politgeschäft? Den Zankereien, den Täuschungsmanövern?

Nein, gar nicht. Die Literaturliste ist nur deshalb so lang, weil ich sie schon seit 15 Jahren führe. Aber Lesen ist für mich wichtig, es erweitert den Horizont, was einem Politiker nur guttun kann. Ich bin medial generell sehr aktiv, schaue zum Beispiel auch gerne Netflix.

Nennen Sie uns Ihre drei Lieblingsserien dort?

«House of Cards», «The Crown» und «The Kominsky Method». Dass ich diese Alterskomödie mit Michael Douglas so mag, hat mich selbst ein wenig erstaunt – ich bin doch noch einiges jünger.

Es tut mir gut, mich ab und zu in einem guten Sinn zu fetzen.

Und auf Twitter gehen Sie keiner Auseinandersetzung aus dem Weg...

Richtig. Als Parteipräsident muss man immer ein wenig schauen, was man sagt, aber Twitter ist für mich eine persönliche Arena, wo ich gerne auch mal streite. Es tut mir gut, mich ab und zu in einem guten Sinn zu fetzen.

Streiten Sie generell gerne?

Ausserordentlich gerne. Ich finde auch, dass wir das in der Partei zu wenig oder zu spät tun. Ein guter Streit gehört zur demokratischen Auseinandersetzung, denn am Ende kann man in der Demokratie nichts befehlen, sondern muss überzeugen.

«Politik besteht darin, Gott so zu dienen, dass man den Teufel nicht verärgert», ist einer der Sprüche auf Ihrer Homepage. Gelingt Ihnen das?

Es zeigt das Dilemma der Politik. Jeder Politiker will das durchsetzen, was er für das Beste für sein Land hält. Und stösst in der Arena auf zehn andere, die das mit ihren Positionen auch möchten. Dann beginnt das Ringen um Kompromisse, die Kunst, einen Weg zu finden zwischen Überzeugungen und Realpolitik. Im Übrigen hoffe ich aber, dass ich den Teufel auch schon verärgert habe – denn dienen sollte man ihm ja schon nicht.

6315 Oberägeri, 11.1.2021/PRH